



Die Konsolidierung der Europäischen Union und eine Friedensordnung für Europa

Dr. Claas D. Knoop

März 2015

Zusammenfassung

Das westliche Modell moderner, demokratischer, rechtsstaatlich und marktwirtschaftlich organisierter Staaten besitzt heute keinen Alleinstellungsanspruch mehr, sondern wird nicht nur theoretisch infrage gestellt und praktisch jeden Tag mit unterschiedlichen Motiven und Rechtfertigungen aktiv bekämpft – und das zum Teil mit äußerster Grausamkeit und Skrupellosigkeit. Die Beispiele Ukraine, Syrien, Irak, Mali, Somalia, Nigeria (Boko Haram) belegen dies. Wie geht Europa damit um? Welche Antworten erwarten die Bürger Europas? Mit fünf Thesen des Autors werden Denkanstöße für einen notwendigen öffentlichen Diskurs in Deutschland und Europa zu zentralen Zukunftsthemen für die Bewahrung und Fortentwicklung des europäischen Projekts gegeben. Dazu gehören die Überwindung der Legitimitätskrise der EU ebenso wie Deutschlands Rolle in der Union, die Konsolidierung der Euro-Zone, Zukunftskonzepte für die Gründung einer Europäischen Föderation und eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik, einschließlich der Schaffung einer integrierten Europäischen Armee (wie kürzlich von Kommissionspräsident Juncker ins Gespräch gebracht).

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Im Februar 2015 erschienen in der Wochenzeitung *DIE ZEIT* vier Beiträge, die sich in der einen oder anderen Weise mit dem Thema des heutigen Abends beschäftigten. Der erste Beitrag vom Herausgeber der *ZEIT*, Josef Joffe, hat den Titel „Krieg gegen die Unfassbaren, Moderne Aggressoren halten sich an keine Regeln mehr“. Der zweite Beitrag von Jean Marie Guehenno, Präsident der International Crisis Group und früherer hochrangiger UN-Diplomat, trug die Überschrift: „Mehr Militär! Der EU fehlt eine schnelle Eingreiftruppe“.

Der dritte Beitrag war mit dem Titel überschrieben: „Für einen Merkel-Plan. Griechenlands Finanzminister Yanis Varoufakis hat eigentlich nichts gegen mehr deutsche Macht in Europa“.

Und schließlich der letzte Beitrag von Bernd Ulrich, den ich hier erwähnen möchte, trägt den Titel: „Sanft und stark, Europa ringt mit Russland, emanzipiert sich von Amerika und einigt sich mit Griechenland. Allmählich versteht die EU, dass sie eine Weltmacht ist“.

Diese vier Beiträge werfen ein Schlaglicht auf den aktuellen Diskurs in Politik und Medien in Deutschland und Europa über die zukünftige Rolle und das Selbstverständnis der EU und ihrer Mitgliedstaaten in einem sich rasch wandelnden internationalen Umfeld.

Als vor über 25 Jahren der Eiserne Vorhang, der Europa im Kalten Krieg trennte, zerbrach, herrschte Aufbruchstimmung in der internationalen Politik. Der US-amerikanische Zukunftsforscher Francis Fukuyama ließ sich sogar dazu hinreißen, vom „Ende der Geschichte“ zu sprechen.

Die Erwartungen, dass nun nach über 40 Jahren Eiszeit zwischen den beiden Blöcken weltweit Demokratie, Menschenrechte und gute Regierungsführung/good governance nach westlichen Vorbildern auf dem Vormarsch sind, waren groß. 25 Jahre später wissen wir, dass diese Erwartungen völlig überzogen waren, ja, sie wurden durch die Realitäten, wie sie sich uns weltweit heute zeigen, bitter enttäuscht.

Das westliche Modell moderner, demokratischer, rechtsstaatlich und marktwirtschaftlich organisierter Staaten wird heute erkennbar in einer Reihe von Staaten und Regionen nicht mehr als einzig vernünftiger Weg in die Zukunft angesehen.

Ein gutes Beispiel dafür gibt uns Afrika, unser Nachbarkontinent, der sich heute in seiner weltpolitischen Rolle keineswegs mehr so versteht, dass Europa bzw. „der Westen“ der privilegierte und primäre Partner ist.

Auf meine Frage an den 2012 verstorbenen Premierminister Meles Zenawi von Äthiopien, in welche Richtung er denn schaue, wenn er an die Zukunft seines Landes denke, antwortete er: „Nach Osten!“ Und auf meine Nachfrage, wohin genau, antwortete er: „Nicht nach Peking, sondern nach Ländern, wie z.B. Singapur.“

Ich möchte mit dieser Anekdote, die die Haltung in vielen afrikanischen Ländern reflektiert, deutlich machen, dass das „westliche Modell“ moderner Staatsführung und -struktur heute keinen Alleinstellungsanspruch mehr besitzt, sondern im Gegenteil theoretisch infrage gestellt und praktisch jeden Tag weltweit bekämpft wird.

Dieser Kampf – wie von Josef Joffe – richtig beschrieben, wird z. T. mit äußerster Grausamkeit und Skrupellosigkeit in der Ukraine, in Syrien und im Irak, in Mali, Nigeria und in Somalia, in Libyen und Jemen, wie auch (immer noch) in Afghanistan mit unterschiedlichen Motiven und Rechtfertigungen geführt.

Wie geht Europa mit diesen veränderten Rahmenbedingungen in der Weltpolitik um, welche Antworten werden von den Bürgern Europas angesichts einer Welt, die scheinbar „aus den Fugen“ gerät, erwartet?



Hierzu einige meiner persönlichen Gedanken in fünf Thesen:

1. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass es zur Bewältigung der zahlreichen Krisen, mit denen sich die Europäische Union konfrontiert sieht, in keinem Fall einfache Wege und Antworten auf Fragen gibt, wie uns manche (auch Politiker und einige Medien)gelegentlich einreden wollen. Das gilt für die Überwindung der Ukraine-Krise ebenso wie für Griechenlands Rolle im Euro-Raum, das Verhältnis EU / USA, die Erweiterungsverhandlungen mit der Türkei – um nur einige Beispiele zu nennen.

Krisen – das hat uns die deutsche und europäische Geschichte gelehrt – sind immer auch die Stunde von Demagogen. Angesichts der Komplexität der Probleme und der Auswirkungen von möglichen Antworten zur Lösung derselben, dürfen wir nicht auf den Leim der großen Vereinfacher gehen! Dafür steht zu viel auf dem Spiel. Probleme sind primär durch Verhandlungen zu lösen, die ruhig auch hinter verschlossenen Türen geführt werden dürfen, anstatt im Scheinwerferlicht allgegenwärtiger Medien und Twitter-Nachrichten.

2. Die Europäische Union ist eine Werte- und Rechtsgemeinschaft und – das dürfen wir gerade in diesen unsicheren Zeiten – nie vergessen, auch eine Friedensgemeinschaft, die wesentlich dazu beigetragen hat, dass es unter den Mitgliedstaaten seit Beginn des Europäischen Projekts keinen Krieg mehr gegeben hat, wohl wissend, was in 2000 Jahren zuvor in Europa los war! Konflikte unter den Mitgliedstaaten werden heute am Verhandlungstisch geregelt und nicht auf dem Schlachtfeld. Und das soll auch so bleiben!

Den Dreiklang, Werte-, Rechts- und Friedensgemeinschaft, gilt es zu bewahren, zu verteidigen, wo er bedroht wird und auszubauen, wo es Chancen für eine Vertiefung der Europäischen Integration gibt.

Menschen hört man ja gelegentlich, dass sie eigentlich nicht viel mit der Europäischen Idee anfangen können, zumal wenn sie – wie gegenwärtig vor allem in einer Reihe von südlichen Mitgliedstaaten – arbeitslos sind oder in prekären Verhältnissen leben. So nachvollziehbar diese Haltung im Einzelfall auch sein mag: Ich rate dann dazu, einmal Auschwitz oder die Schlachtfelder von Verdun und Ypern aufzusuchen. Spätestens dann bekommt man ein Gefühl dafür, wofür die Europäische Idee und das Projekt einer „immer engeren Union“ wie es schon in der Präambel des EGKS-Vertrags von 1952 heißt, eigentlich stehen.

Eine Werte- und Rechtsgemeinschaft wie die Europäische Union ist nur dann glaubwürdig, wenn sie die Werte, für die sie steht, auch tatsächlich mit Leben erfüllt und die EU-Bürger das Gefühl haben, ihre Sorgen und Probleme, ihre Hoffnungen und Erwartungen in Brüssel von den Organen und Institutionen der EU und ihrer Mitgliedstaaten ernst genommen werden. Das bringt mich zur These 3:

Für mich besteht kein Zweifel: Die Europäische Union und das Europäische Integrationsprojekt insgesamt befinden sich vor dem Hintergrund der noch nicht überwundenen Wirtschafts- und Finanzkrise, namentlich im Süden der Union und den krisenhaften Entwicklungen außerhalb ihrer Grenzen, in einer ernsthaften Legitimationskrise. Der Zulauf von Hunderttausenden von europäischen Bürgern zu EU-skeptischen bis zu EU-feindlichen Parteien und politischen Gruppierungen in fast allen Mitgliedstaaten spricht Bände und ist ein deutlicher Beleg für die Legitimationskrise, die mit einem massiven Vertrauensverlust in die Problemlösungsfähigkeiten der Brüsseler Institutionen einhergeht.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten und der neue Kommissionspräsident Juncker haben die Gefahr erkannt und sind dabei, gegenzusteuern. Das ist nicht nur vernünftig, sondern absolut notwendig, um zu verhindern, dass gerade in Südeuropa eine für die Europäische Idee „verlorene Generation“ heranwächst.

Ich bin der Auffassung, dass Deutschland – wie in dem eingangs erwähnten *ZEIT*-Artikel von Bernd Ulrich – eine besondere Rolle und Verantwortung zukommt, den europäischen Integrationszug nicht entgleisen zu lassen.



Wir alle haben ja noch den Satz von Frau Merkel im Ohr: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Ich teile diese Auffassung. Die Konsolidierung des Euro-Raums und Maßnahmen, die dafür bereits ergriffen bzw. eingeleitet wurden, weisen nach meiner Einschätzung in die richtige Richtung, wenngleich – die jüngsten Entwicklungen in Griechenland belegen dies – wir noch keineswegs „über den Berg“ sind.

Aber reicht die Konsolidierung der Euro-Zone allein aus, um die Europäische Union fit für den Rest des 21. Jahrhunderts zu machen, reicht das aus, damit sich Europa in diesem Jahrhundert gegen den Rest der Welt „selbst behaupten kann“, um ein Diktum von Helmut Schmidt aufzugreifen? Hierzu abschließend noch zwei Thesen.

4. In der Geschichte der Europäischen Einigung hat es immer wieder die Frage nach der Finalität des Projekts gegeben. Was also soll das Endziel der immer enger werdenden Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten sein: Die Vereinigten Staaten von Europa (dieses Ziel war in den 80er Jahren des letzten Jahrhundert noch in Parteiprogrammen von CDU und SPD zu finden!), ein Europa der Vaterländer (wie es de Gaulle einmal propagierte), ein Europa der Wirtschaftsintegration, aber bitteschön ohne politischen Überbau (wie es offenbar Premierminister Cameron gerne hätte)?

Die Frage nach der Finalität des Europäischen Einigungsprozesses ist weiterhin unbeantwortet. Auch ich kann dazu keine abschließende Meinung präsentieren. Aus guten Gründen ist die Antwort auf die Frage bisher immer offen gehalten worden, um genügend Flexibilität für Integrationsfortschritte zu bewahren. Das Scheitern des EU-Verfassungsvertrags am französischen NON und am niederländischen NEE 2004, ist ein deutlicher Beleg dafür, dass die Bürger Europas offenbar (noch) nicht bereit sind, eine klare Antwort auf die Finalitätsfrage zu geben.

Gleichwohl: Ich wage die Prognose, dass wir uns in nicht allzu ferner Zeit nicht mehr um Antworten auf diese Frage herumdrücken können. Die Herausforderung vor der wir Europäer stehen, lautet doch: Wie können wir unsere Interessen, unsere Werte und Standards gegenüber den anderen großen Akteuren auf unserem Globus wahrnehmen, verteidigen und durchsetzen? Reicht dazu das Konstrukt der derzeitigen Europäischen Union aus, vor allem: Hat es die erforderliche Legitimation durch die Mehrheit ihrer Bürger?

Hierzu gibt es in jüngster Zeit interessante Denkansätze und Vorschläge, die einen breiten öffentlichen Diskurs verdienen. Ich möchte mich hier darauf beschränken, auf das jüngste Buch von Joschka Fischer „Scheitert Europa?“ hinzuweisen. Fischer spricht sich darin für eine radikale Neuordnung der Europäischen Union aus, indem er eine Europäische Föderation der Euro-Mitgliedstaaten mit echter Regierungsgewalt nach Schweizer Vorbild propagiert.

5. Ein sanftes und zugleich starkes Europa, wie eingangs erwähnt, klingt ja zunächst einmal wie eine süße Melodie – attraktiv und (die jüngere Generation würde wohl sagen) auch sexy! Und in der Tat: Viel spricht für diese zwei Seiten einer Medaille in den Außenbeziehungen der Europäischen Union.

Zu einem „sanften Europa“ gehört nach meiner Auffassung, dass wir Europa nicht als Festung verstehen dürfen, die sich gegen den Rest der Welt abschottet. Wir müssen offen bleiben, offen für Flüchtlinge, offen auch für Minderheiten, offen für Toleranz. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich bin auch der Meinung, dass Toleranz dort ihre Grenzen findet, wo sie mit Intoleranz konfrontiert wird!

Zu einem „sanften Europa“ gehört für mich auch, dass Europa Solidarität mit Entwicklungsländern praktizieren muss, ohne dabei darauf zu bestehen, dass unsere Standards in puncto Menschenrechte und gute Regierungsführung / good governance in jedem Fall 1:1 übernommen werden müssen.



Und schließlich „das starke Europa“: Wie schön wäre es doch, könnten wir Europäer in außenpolitischen Fragen immer mit einer Stimme sprechen! Dann wäre endlich die berühmte Frage von Henry Kissinger, wen er eigentlich anrufen könne, wenn er mit „Europa“ sprechen möchte, beantwortet. Leider sieht die Realität – gegründet auf den Vertrag von Lissabon – in kritischen Situationen allzu häufig noch anders aus. Irak, Libyen, Syrien, der Nahost-Konflikt sind nur einige Beispiele, wo die Meinungen unter den EU-Mitgliedstaaten für gemeinsames Handeln zum Teil weit auseinandergehen. Der Vertrag von Lissabon schreibt für die allermeisten Entscheidungen über außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen Einstimmigkeit vor. Gibt es die im Rat nicht, gibt es keine gemeinsame Haltung der EU. Das ist bedauerlich, aber nur zu ändern, wenn das Mehrheitsprinzip, das jetzt schon für die allermeisten Rechtssetzungsakte der Europäischen Union angewandt wird, auch für das Feld der Außen- und Sicherheitspolitik praktiziert würde. Dafür müsste aber der Vertrag von Lissabon geändert werden.

Eine starke Rolle der Europäischen Union als Institution für eine Friedensordnung in Europa hängt also ganz entscheidend davon ab, ob wirklich alle Regierungen der EU-Mitgliedstaaten mitmachen bzw. sich jedenfalls nicht gegen Aktionen in diesem Politikfeld aussprechen. Die Ukraine-Krise ist ein aktueller Beleg dafür, wie wichtig es für die Glaubwürdigkeit der EU-Haltung gegenüber Moskau ist, sich nicht auseinanderdividieren zu lassen.

Zu einem „starken Europa“ gehört nach meiner Auffassung auch, dass die EU „Zähne zeigen“ können muss, wenn es darauf ankommt, um nicht als „zahnloser Tiger“ dazustehen. Deshalb halte ich die gegenwärtige Sanktionspolitik der EU gegenüber Russland für notwendig und angemessen. Allerdings sind wir uns doch auch wohl alle darüber im Klaren, dass eine dauerhafte Friedensordnung in Europa nur mit und nicht gegen Russland erreicht werden kann. Das bedeutet, dass wir die Tür für Verhandlungen mit Moskau auch weiterhin offenhalten müssen.

Zu einem „starken Europa“ gehört schließlich nach meiner Überzeugung auch, die militärischen Fähigkeiten der EU-Mitgliedstaaten besser und effektiver als bisher für klar begrenzte Aufgaben zu bündeln, z.B. für Einsätze unter einem UN-Mandat, wie in dem eingangs erwähnten Artikel von Jean Marie Guehenno angeregt. Die Grundlagen dafür sind bereits im Vertrag von Lissabon angelegt, der in Art. 42 das Ziel einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union festschreibt. Der von Kommissionspräsident Juncker kürzlich ins Gespräch gebrachte Gedanke der Schaffung einer integrierten „Europäischen Armee“ (diese Idee ist ja nicht neu!) entspricht dieser Zielsetzung. Die Bereitschaft der Mitgliedstaaten, sich hierfür stärker als bisher (d.h. auch und vor allem finanziell!) zu engagieren, lässt nach meinem Eindruck aber noch stark zu wünschen übrig.

Ich habe hier nur einige der „Großbaustellen“ für eine Konsolidierung der EU bzw. ihre Fortentwicklung angesprochen. Entscheidend für alle Bemühungen auf diesem schwierigen Weg wird sein, die Bürger mitzunehmen, sie zu überzeugen, Vertrauen zurückzugewinnen. Dies ist nicht allein eine Herausforderung, der sich die Politik stellen muss. Es ist eine Herausforderung, die uns alle angeht.

Anmerkungen: Der Beitrag entspricht im Wesentlichen einem Vortrag, den der Autor am 5. März 2015 auf Einladung der Europa-Union in Wilhelmshaven gehalten hat. Er gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Botschafter a.D. Dr. Claas D. Knoop war bis Ende Juni 2010 deutscher Botschafter in Addis Abeba (Äthiopien) und Dschibuti sowie ständiger Vertreter Deutschlands bei der Afrikanischen Union mit Beobachterstatus.

Dr. Knoop trat 1976 in den Auswärtigen Dienst ein und hatte Verwendungen in verschiedenen Funktionen in Wellington, Brüssel, Pretoria und Bangkok. Er war Leiter des Europapolitischen Grundsatzreferats, AA Berlin und Politischer Gesandter an der Ständigen Vertretung bei der EU, Brüssel.

Seit seiner Pensionierung hat Dr. Knoop Lehraufträge an der Universität Bremen und der Jacobs University Bremen zu europa- und afrikapolitischen Themen übernommen. Von November 2012 bis Juni 2014 vertrat Dr. Knoop den deutschen Ko-Vorsitz in der EU-Afrika-Partnerschaft „Democratic Governance, Human Rights and Cultural Relations“.

Dr. Knoop gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team und dem Rednerteam der Europäischen Kommission an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Dr. Claas D. Knoop